

**Dringlicher Berichts Antrag****Fraktion der SPD****Hintergründe des Überfalls mit Schusswaffengebrauch auf einen Menschen mit Migrationshintergrund in Hanau**

Laut Berichterstattung der Frankfurter Rundschau vom 24.08.2023 kam es im Juni zu einem Übergriff mit Schusswaffengebrauch in Hanau. Opfer sei der ehemalige Besitzer eines Hanauer Kiosks, in welchem es am 19.02.2020 zu einem rechtsextremistischen Attentat kam. Der mutmaßliche Täter soll das Opfer im aktuellen Fall zunächst bedroht, ihn dann in den Oberschenkel geschossen und in einem Fahrstuhl liegengelassen haben. Laut Berichterstattung soll der mutmaßliche Täter bereits zuvor junge Männer mit Migrationshintergrund bedroht und ihnen seine Waffen gezeigt haben. Mehrere Zeugen berichten zudem, dass es Warnsignale gegeben habe, die zum Teil detailliert der Polizei gemeldet wurden. Der mutmaßliche Täter habe sich bereits vor Jahren islamfeindlich gegenüber jungen Menschen mit Migrationshintergrund geäußert, sie in seiner Wohnung mit Waffen bedroht und erst nach mehreren Stunden gehen lassen. Laut Frankfurter Rundschau habe ein Informant die Polizei Hanau über diesen Vorfall informiert, diese habe sich jedoch nicht sonderlich dafür interessiert. Der Zeuge habe dann kurz nach dem Anschlag von Hanau das Bundeskriminalamt kontaktiert, da er Verbindungen zu dem Anschlag für möglich hielt. Er sei daraufhin zweimal befragt worden. Ein BKA-Beamter habe die Information an die hessische Landespolizei geschickt und in deren Verantwortung übergeben. Der mutmaßliche Täter hetzt laut Berichterstattung im Internet gegen Menschen mit Migrationshintergrund und posiert mit Waffen; kurz vor den Schüssen auf den Kiosk-Besitzer mit einer Kalaschnikow. Zudem habe er sich für rechtsextreme Verschwörungstheorien in den USA interessiert. Laut Polizeipräsidium Südosthessen hätten mehrere Polizeibehörden den mutmaßlichen Täter „umfassend geprüft“. Man sei zu dem Schluss gekommen, dass keine „staatsschutzrelevanten Bezüge“ vorlägen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Seit wann ist der mutmaßliche Täter den hessischen Sicherheitsbehörden und hier insbesondere dem hessischen Verfassungsschutz bekannt?
2. Welche der Informationen aus der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau waren den hessischen Sicherheitsbehörden seit wann bekannt?
3. Waren den hessischen Sicherheitsbehörden insbesondere die Online-Aktivitäten des mutmaßlichen Täters bekannt, die laut Berichterstattung eine Waffenaffinität und Nähe zu rechtsextremen Verschwörungstheorien offenlegten? Falls ja: Seit wann und wie sind die Sicherheitsbehörden mit diesen Informationen umgegangen?
4. Teilt die Landesregierung die Einschätzung der Staatsanwaltschaft Hanau, dass es keine Hinweise auf ein rassistisches Tatmotiv gibt?
5. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, dass ein Informant bereits eine Woche nach dem Anschlag von Hanau die Polizei vor Ort aufsuchte, um über die Bedrohungssituation in der Wohnung des Täters zu berichten? Wie ist der Vorgang polizeiintern behandelt worden? Welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen? Gab es insbesondere eine Gefährderansprache?
6. Laut Berichterstattung hat ein BKA-Beamter die Informationen über den Vorfall in der Wohnung des mutmaßlichen Täters am 26.02.2020 an die hessische Landespolizei geschickt und in deren Verantwortung übergeben. Welche Maßnahmen wurden daraufhin von der hessischen Landespolizei ergriffen?

7. Trifft es zu, dass der mutmaßliche Täter nicht über waffenrechtliche Erlaubnisse verfügte? Inwiefern wurde dies von den Sicherheitsbehörden bereits im Jahr 2020, nach dem Vorfall in der Wohnung des mutmaßlichen Täters, überprüft?
8. Gibt es eine Verbindung zwischen dem Täter oder dem Vater des Täters des rassistischen Anschlags von Hanau und dem mutmaßlichen Täter des aktuellen Überfalls?
9. Kann die Landesregierung ausschließen, dass sich der Täter oder der Vater des Täters des rassistischen Anschlags von Hanau und der mutmaßliche Täter des aktuellen Überfalls kannten?
10. Wegen welcher anderweitigen Delikte ist der mutmaßliche Täter des aktuellen Überfalls bisher in Erscheinung getreten?
11. Teilt die Landesregierung die Einschätzung des Polizeipräsidiums Südosthessen, dass mit Blick auf den mutmaßlichen Täter des aktuellen Überfalls keine staatsschutzrelevanten Bezüge vorliegen?
12. Bleibt das Polizeipräsidium Südosthessen auch nach Bekanntwerden der aktuellen Informationen dabei, dass mit Blick auf den mutmaßlichen Täter des aktuellen Überfalls keine staatsschutzrelevanten Bezüge vorliegen?

Wiesbaden, 24. August 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Günter Rudolph**